

Rede der Fraktionsvorsitzenden Claudia Fleisch zum Thema Optionskommune in der Ratssitzung vom 23.09.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE.Marl kann die Beschlussvorlage der Verwaltung nicht mit unterstützen. Die Einwendungen gegen die Optionskommunen sind zu erheblich.

Uns ist bewusst, dass im Kreis und seinen Kommunen die Auffassung herrscht, die Sache lieber vor Ort selber in die Hand zu nehmen, um nicht der Politik der Bundesagentur für Arbeit ausgeliefert zu sein. So verständlich der Ärger in den Kommunen über die Bundesagentur ist, so wenig ist die Ausweitung der Optionskommunen die Lösung des Problems.

Die Kommunalisierung der Arbeitsverwaltung ist ordnungspolitisch ein falscher Weg. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und sollte auch so gelöst werden. Schon gar nicht sollte dieses Problem auf die Kommunen abgewälzt werden. Wer eine einheitliche Rechtsanwendung möchte, für wen die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Land ein wichtiges Ziel darstellt und wem an einer bundesweiten Arbeitsmarktpolitik gelegen ist, darf die Zuständigkeit für das SGB II nicht auf die Kommunen übertragen. Durch die Optionskommune werden Erwerblose zu Erwerbslosen zweiter Klasse für die auch keine bundeseinheitliche Rechtsauslegung gilt.

Es herrscht ja der Irrglaube, dass Kommunen in Eigenregie die besseren Arbeitsvermittler seien. Das Gegenteil ist der Fall. Ein Bericht der letzten Bundesregierung (die sogenannte 6C-Evaluierung belegt: Optionskommunen sind nachweisbar weniger in der Lage, Erwerblose in bedarfsdeckende Beschäftigung zu vermitteln als die Jobcenter der Arbeitsagentur. Das heißt: sie vermitteln öfter auf Arbeitsplätze, von deren Lohn die Menschen nicht leben können. Schlimm ist das nicht nur für die Betroffenen, sondern es belastet auch die Gemeinschaft, was bedeutet: mehr Ausgaben bei den Sozialleistungen, weniger Einnahmen bei den Steuern und den Sozialversicherungen. Stellt man das Modell einer vollständig kommunalisierten Arbeitsvermittlung dem Modell einer bundesweit einheitlichen Arbeitsvermittlung gegenüber, ergeben sich rechnerische Mehrkosten von 3,9 Milliarden Euro.

Massive Probleme ergeben sich auch aus der getrennten Finanzierungs- und der Umsetzungsverantwortung. Der Bundesrechnungshof hat kritisiert, dass die Bundesregierung ein einheitliches System zur Grundsicherung für Arbeitssuchende dauerhaft aufgibt, was zu einem unnötig komplizierten Verwaltungsaufbau mit entsprechenden Mehrausgaben bei den Optionskommunen führt.

Der DGB lehnt aus den bereits genannten Punkten eine Ausweitung der Optionskommunen ebenfalls ab.

Auch internationale Erfahrungen sprechen gegen die Kommunalisierung der Arbeitsverwaltungen. Vor etwa 10 Jahren begann man in den Niederlanden und in Großbritannien, die Arbeitsvermittlung zu kommunalisieren. Davon ist man aufgrund negativer Erfahrungen wieder abgekommen.

Die Optionskommunen sind weisungsgebunden an ihre Landesministerien.

Hier zwei Beispiele über die Problematik von Optionskommunen aus NRW, die den Anweisungen des Landesministerium Folge leisten müssen:

Fall 1:

Als es ein Urteil gab, dass Sanktionen wegen Weigerung, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, nicht rechtens sind, hat die Bundesagentur sofort eine entsprechende Anweisung erteilt. Nachdem in der Folgezeit trotzdem Sanktionen aus diesem Grund verhängt wurden, hat die LINKE nachgehakt, wie das denn sein könne. Es stellte sich heraus, dass alle Sanktionsmaßnahmen von Optionskommunen verhängt wurden, auf die die Bundesagentur keinen Einfluss hat. Das Landesministerium in NRW hat keine Änderung der Sanktionspraxis angewiesen.

Fall 2:

Als ein Landrat beim Landesministerium darum bat, Ein-Euro-Jobs so zu gestalten, dass zumindest 50 Cent bei den Betroffenen übrig blieben, wurde dies vom Landesministerium NRW strikt abgewiesen mit der Begründung, es dürfe ausschließlich nur der Aufwand ersetzt werden (z.B. Fahrgeld). Eine darüber hinausgehende Bezahlung würde ein falsches Signal setzen. Diese Arbeit sei die Pflicht eines Hilfesuchenden und dürfe nicht belohnt werden.

Die Anweisungen erfolgen ausschließlich von den Landesministerien, womit natürlich ein sozialpolitischer Flickenteppich entsteht. Wie die Beispiele zeigen, sind die Flicker der Optionskommunen nicht die besten für die Betroffenen.

Eine bundesweit einheitliche Vermittlung, Betreuung und Förderung aller Erwerbslosen setzt eine einheitliche Organisation voraus. Zuständig dafür ist die Bundesagentur für Arbeit. DIE LINKE lehnt deshalb die Schaffung weiterer Optionskommunen ab.

Zudem erlauben wir uns, die Frage zu stellen: wenn schon die Bundesagentur für Arbeit keine Arbeitsplätze für die Betroffenen zur Verfügung stellen kann, wie kann es dann der Kreis und seine Kommunen? Auf die Antwort sind DIE LINKEN schon sehr gespannt.

Vielen Dank